

Haushaltsrede 2018 / CDU-Fraktion – Stadtrat Sebastian Nothacker Gemeinderatssitzung – 14. Dezember 2017

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch heute will ich den Haushalt nicht stur Position für Position mit Ihnen durchgehen, sondern **die** Gelegenheit nutzen, darauf einzugehen, welche Herausforderungen sich nach Auffassung der CDU Fraktion im kommenden Jahr und darüber hinaus stellen werden.

Die Haushaltsberatungen sind in diesem Jahr besonders harmonisch verlaufen. In den vergangenen Jahren musste die Verwaltung vor der Klausurtagung des Gemeinderats umfangreiche Fragenkataloge der Fraktionen beantworten. Die Antworten wurden anschließend kritisch beäugt und von den Fraktionen hinterfragt. In diesem Jahr haben nur zwei Fraktionen Fragenkataloge eingereicht, die von der Verwaltung recht schnell zur Zufriedenheit aller beantwortet werden konnten.

Tatsächlich, der Haushalt 2018 scheint gelungen. Die Schulden sinken weiter, neue Schulden sollen nicht aufgenommen werden. Bei voraussichtlich weiterhin steigenden Steuereinnahmen, können wir positiv in die Zukunft schauen. Herr Reichert und sein Team haben die Aufgabe, den ersten Haushalt nach dem „Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen“ aufzustellen, sehr gut gemeistert.

Bei allem Lob für die Arbeit der Stadtverwaltung: **Ob** der positive Eindruck, den der Haushalt vermittelt, alleine der guten Arbeit der Stadtverwaltung geschuldet ist oder auch der Tatsache, dass es sich um den ersten Haushalt nach dem „**Neuen Kommunalen** Haushalts- und Rechnungswesen“ handelt, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen. Vieles ist neu, Gemeinderat und Verwaltung mussten sich zunächst im NKHR zurechtfinden. Aufgrund der neuen, anderen Struktur des Haushalts, fehlt es an der Vergleichbarkeit mit den vorherigen, nach den Grundsätzen der Kameralistik erstellten Haushaltsplänen. Wie gut unser Haushalt tatsächlich ist, wird sich daher erst in den kommenden Jahren zeigen, wenn der Vergleich zwischen den Haushaltsplänen des aktuellen Jahres mit denen der Vorjahre, wieder möglich ist.

Die positiven Aussichten sollten jetzt dazu genutzt werden, die Zukunftsprojekte für die Stadt voranzubringen. Zu Hesse-Bahn, Krankenhaus und Lindenrain, kommt jetzt die Ansiedlung der Kriminalpolizeidirektion in Calw hinzu. Die Stadt sollte alles dafür tun, diese Projekte zum Erfolg zu führen. Dabei gilt es voranzugehen und nicht lediglich zu reagieren.

Als im Rahmen der großen Verwaltungsreform, die 2005 in Kraft trat, zahlreiche Behörden aufgelöst und in die Landratsämter und Regierungspräsidien integriert wurden, gingen auch in Calw zahlreiche Arbeitsplätze in der öffentlichen Verwaltung verloren. Wenn es gelingt, die Kriminalpolizeidirektion in Calw anzusiedeln, wird erstmals wieder eine große Behörde neu in Calw angesiedelt. Mit 130 bis 150 Mitarbeitern könnte die Kriminalpolizeidirektion einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt leisten und uns neue Mitbürger bringen. Jetzt gilt es einen attraktiven Standort zu finden. Sollte es gelingen, einen Standort in der Nähe der Innenstadt zu finden, könnte dadurch auch ein wichtiger Beitrag zur Belegung der Innenstadt geleistet werden. Stadt und Gemeinderat dürfen sich hier das Heft nicht von anderen, die versuchen die Kriminalpolizeidirektion in ihre Stadt zu holen, aus der Hand nehmen lassen. Dafür braucht es Ideen und die Bereitschaft auch neue Wege zu gehen.

Das Gewerbesteueraufkommen der Stadt Calw liegt immer noch hinter dem durchschnittlichen Gewerbesteueraufkommen vergleichbarer Städte. Die Erschließung des Gewerbegebiets Lindenrain ist ein wichtiger Schritt, um dies zu ändern. Die Erschließung von Gewerbeflächen allein wird jedoch nicht ausreichen, um die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt wirklich voran zu bringen. Für eine starke, wirtschaftliche Entwicklung braucht es eine starke Wirtschaftsförderung. Der City Manager, den der Gewerbeverein einführen will, kann einen wichtigen Beitrag hierzu leisten. Da die Aufgaben des City Managers wohl eher im Bereich der Förderung des Einzelhandels liegen, reicht sein Beitrag alleine jedoch nicht aus. Bislang liegt die Wirtschaftsförderung im Aufgabenbereich von Frau Steinbach, die daneben noch eine Vielzahl anderer Aufgaben zu erfüllen hat und sich daher nicht ausschließlich um die Wirtschaftsförderung zu kümmern kann. Wir halten es für sehr wichtig, dass der Wirtschaftsförderung in der Stadt Calw der Stellenwert eingeräumt wird, den eine Wirtschaftsförderung braucht, wenn sie erfolgreich sein will.

Wenn die Hesse-Bahn für Calw ein Erfolg sein will (werden soll), müssen wir bereits jetzt die Voraussetzungen dafür schaffen. Damit nicht nur die Calwer mit der Bahn zur Arbeit und zum Einkaufen nach Stuttgart und Böblingen fahren, sondern auch Besucher in unsere Stadt kommen, müssen wir attraktive Angebote schaffen. Die Stadt darf sich dabei nicht darauf verlassen, dass sich alles schon zum Guten entwickeln wird und Private Investoren? von alleine für diese Angebote sorgen. Auch hier müssen Gemeinderat und Stadtverwaltung Ideen entwickeln und vorantreiben, auch wenn die Umsetzung anschließend durch Privatpersonen und Unternehmen erfolgt. Um nicht unnötige Zeit zu verlieren, dürfen wir damit nicht warten bis die Hesse-Bahn fährt, sondern müssen jetzt aktiv werden.

Das Krankenhaus ist derzeit das Thema, das die ganze Stadt bewegt. In den letzten Jahren wurde in der Stadt keine Diskussion mit derselben Schärfe geführt, wie die Diskussion über das Klinikkonzept. Die CDU Fraktion, wie auch der Oberbürgermeister und die anderen Fraktionen des Gemeinderats, setzen sich dafür ein, dass es in Calw auch weiterhin eine medizinische Vollversorgung gibt.

Zweitrangig und davon zu trennen ist die Frage, in welchem Gebäude diese medizinische Vollversorgung erbracht werden soll. Wir Calwer müssen aufpassen, dass wir im Kampf um ein altes Gebäude nicht am Ende komplett leer ausgehen. Der Kreistag hat den Neubau mit großer Mehrheit beschlossen. Wer sich mit Mitgliedern des Kreistags unterhält die nicht aus Calw kommen, wird schnell feststellen, dass die Bereitschaft die Entscheidung zu revidieren nicht sehr groß ist. Für Stadt und Gemeinderat kann verantwortungsvolles Handeln daher nur bedeuten, mit der getroffenen Entscheidung des Kreistags zu planen und weiter dafür zu kämpfen, die medizinische Vollversorgung für die Stadt zu sichern. Vor dem Hintergrund, dass das ursprünglich für Calw geplante Krankenhaus nur 85 Betten vorsah und aktuell bereits 135 Betten geplant sind, erscheint dies der erfolgversprechendere Weg. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass das vom Kreistag beschlossene Konzept weiterentwickelt wird und am Ende für die Stadt Calw die bestmöglich medizinische Versorgung entsteht. Dafür, dass das Klinikkonzept nachgebessert werden muss, gibt es gute Argumente, wie z.B. die Tatsache, dass sich Orthopädie und Unfallchirurgie heute nicht mehr trennen lassen.

Die Vorstellung, dass bei einem Verzicht auf den Neubau im alten Krankenhaus alles so bleibt wie es ist, trügt. Die Probleme die das alte Gebäude mit sich bringt, bleiben ebenso bestehen wie die Zweifel, ob es noch den Anforderungen an eine moderne Klinik gerecht wird. Die Anforderungen an ein Krankenhaus werden auch in Zukunft immer weiter steigen, so dass die Eignung des alten Krankenhauses für eine moderne Klinik auch künftig immer wieder infrage gestellt werden würde. Eher früher als später würde der Punkt erreicht sein, an dem die gestiegenen Anforderungen im Altbau nicht mehr mit einem wirtschaftlich vertretbaren Aufwand erfüllt werden könnten. Diejenigen die gegen eine Klinik in Calw sind, hätten dann gewonnen, Calw stünde mit leeren Händen da.

Begreifen wir den Neubau doch auch als Chance. Der Gesundheitscampus kann Modellcharakter für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum bekommen. Ein Neubau dürfte die Diskussion, ob die baulichen Gegebenheiten den Anforderungen an eine moderne Klinik genügen, für einige Zeit beenden. Lassen Sie uns daher nicht für ein altes Gebäude kämpfen, sondern für die beste medizinische Versorgung die Calw bekommen kann.

Sehen wir es auch als eine Chance an, wenn sich bei einem Umzug des Krankenhauses ins Stammheimer Feld die Möglichkeit ergibt, in unmittelbarer Nähe zum Zentrum ein neues Stadtviertel zu gestalten. Wir dürfen hier nicht abwarten, bis der Kreis als Eigentümer der Flächen tätig wird, sondern wir müssen diesen wichtigen Bereich in der Innenstadt zum Wohle der Stadt aktiv gestalten.

Im letzten Jahr hat sich der Gemeinderat intensiv mit den Kindergartenbeiträgen befasst und die Gebührensatzung grundlegend überarbeitet. Über viele Jahre hinweg wurden die Kindergartenbeiträge immer nur erhöht, ohne die zugrunde liegenden Einkommensstufen zu verändern. In der neuen Gebührensatzung wurden die Einkommensstufen jeweils um 10.000 Euro angehoben, um sie an die heutigen

Lebensverhältnisse anzupassen. Die unterste Einkommensstufe, mit den niedrigsten Beiträgen, endet nun bei einem Einkommen von 25.000 Euro, anstelle von 15.000 Euro. Die Höhe der Gebühren wurde ferner davon abhängig gemacht, wie viele Kinder im Haushalt der Sorgeberechtigten leben und nicht mehr allein davon, wie viele Kinder der Sorgeberechtigten den Kindergarten besuchen.

Gegen die Gebührensatzung wird immer wieder eingewandt, diese sei zu kompliziert. Wir halten sie hingegen für sozial ausgewogen und gerecht. Werden die Kindergartengebühren nach den Landesrichtsätzen für Kindergartengebühren erhoben, wie es zunächst angedacht war, ist für jedes Kind ein einheitlicher Beitrag zu entrichten, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Die Staffelung der Gebühren nach Einkommen und Anzahl der Kinder sorgt hingegen für eine gerechte Verteilung der Belastung je nach Leistungsfähigkeit.

Ein Herzensanliegen unserer Fraktion wäre es, nach der Anpassung der Gebührensätze, auch die Betreuungsangebote zu flexibilisieren. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird als wichtiges gesellschaftliches Ziel anerkannt. Um dieses zu erreichen, werden flexible Arbeitszeitmodelle gefordert. Viele Familien sind auf die städtischen Betreuungsangebote angewiesen, wenn beide Elternteile arbeiten wollen oder müssen. Auch wenn sich das Angebot in den vergangenen Jahren bereits verbessert hat, besteht immer noch Verbesserungsbedarf. Der Sprung von einer Betreuungszeit von 30 Stunden auf 50 Stunden ist zu hoch, insbesondere weil sich die Gebühren damit mehr als verdoppeln. In vielen Fällen wird jedoch gar keine Betreuung für 50 Stunden gebraucht, sondern **beispielsweise lediglich** die eine Stunde mehr, die mittags fehlt, um das Kind rechtzeitig nach der Arbeit vom Kindergarten abholen zu können. **Denkbar wäre auch, dass** Eltern die Ganztagesbetreuung in Anspruch nehmen müssen, dies aber nicht an 5 Tagen die Woche sondern vielleicht nur an zwei. In all diesen Fällen wird der Mehrverdienst die Mehrkosten die durch die Kinderbetreuung anfallen häufig nicht ausgleichen. Unser Anliegen ist es daher in Zukunft die Möglichkeit zu schaffen, dass Betreuungszeiten flexibel gebucht werden können: **Entweder** dadurch, dass zwischen den verlängerten Öffnungszeiten und der Ganztagesbetreuung noch ein weiteres Angebot eingeführt wird oder dass die Eltern die Betreuung individuell buchen können, wie dies z.B. in Bad Wildbad der Fall ist.

Zum Abschluss bedanken wir uns bei allen, die ihr haupt- oder ehrenamtliches Engagement zum Wohle dieser Stadt einbringen und den Mitarbeitern der Stadtverwaltung.